

**Ausführungen von Herrn Dr. Utz Tillmann,  
Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI),**

**am 14. März 2014 vor der Presse in Brüssel**

(Es gilt das gesprochene Wort)

---

## „EU-Industriepolitik: Anspruch und Wirklichkeit“

### I. Die Bedeutung der Industrie für Europa

Sehr geehrte Damen und Herren,

2008 schwappte die Finanzkrise aus den USA nach Europa. Sie führte zu einem wirtschaftlichen Einbruch, der auch die europäische Industrie bis ins Mark traf. Das Vorkrisenniveau haben wir noch immer nicht wieder erreicht. Die Krise förderte deutlich zu Tage, dass sich in Europa seit mehr als zehn Jahren ein struktureller Wandel zum Nachteil der Industrie vollzieht. Der Anteil der europäischen Industrie an der Bruttowertschöpfung sinkt kontinuierlich.

In der Krise hat sich die Industrie als Stabilitätsanker bewährt. Länder mit starkem produzierendem Gewerbe haben die Krise deutlich besser verkraftet. Und so auch mehr Menschen in Lohn und Brot halten können als Länder mit schwach ausgeprägter Industrielandschaft.

Diese Erfahrung hat zu einem Bewusstseinswandel innerhalb der EU geführt: 2012 hat sich die Kommission das Ziel gesetzt, den Industrieanteil in Europa bis 2020 auf 20 Prozent der Bruttowertschöpfung zu erhöhen. Ein Ziel, dessen Signalwirkung wir natürlich sehr begrüßen. Das Problem: Seitdem gab es nur wenige konkrete Vorschläge, wie die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in der europäischen Politik künftig berücksichtigt werden soll. Die Kommission musste

unlängst in ihrer Industriepolitischen Mitteilung eingestehen, dass sich die EU noch weiter vom 20-Prozent-Ziel entfernt hat (2011: 15,6 auf 15,3% 2012). Zwischen industriepolitischem Anspruch in Brüssel und Wirklichkeit klafft also eine erhebliche Lücke!

Deutschland ist Industrieland und soll es auch bleiben (22,4 % Anteil an der Bruttowertschöpfung). In Großbritannien, dem Mutterland der Industrie, und in Frankreich zum Beispiel liegt der Anteil der Industrie heute dagegen nur noch bei 10 Prozent. Für das Wohl und Wehe der deutschen Industrie ist jedoch die weitere Entwicklung auf ihrem Heimatmarkt Europa sehr wichtig. Auch wenn der Export in die weltweiten Wachstumsmärkte zunimmt: Mehr als 70 Prozent der Exporte der deutschen Chemieindustrie gehen nach wie vor in andere europäische Staaten (60 Prozent EU, 10 Prozent in das restliche Europa). Der größte Teil davon geht an die Industrie in unseren Partnerländern. Das heißt: Der deutschen Chemie kann es dauerhaft nur gut gehen, wenn es Europas Industrie gut geht. Und wenn Deutschland als Konjunkturlokomotive die gesamte Wirtschaft der EU nach oben zieht, ist das für alle gut.

Mit dem Abstieg der Industrie in vielen europäischen Staaten verringerte sich auch das Gewicht Europas in der Weltwirtschaft. Global betrachtet fällt die EU in den letzten Jahren nach der weltweiten Wirtschaftskrise deutlich zurück: Während die industrielle Wertschöpfung weltweit seit 2009 wieder rasant steigt, stagniert sie in der EU. Der Anteil der EU an der weltweiten industriellen Wertschöpfung ist von 25,7 Prozent im Jahr 2000 auf 20,8 Prozent im Jahr 2012 gesunken. In dieser Verschiebung spiegelt sich natürlich zum Teil der Aufholprozess der Schwellenländer wider. Deshalb ist der Rückgang beim Weltmarktanteil kein Grund, Krokodilstränen zu vergießen. Solange der Kuchen insgesamt größer wird, stellen prozentual kleiner werdende Anteile noch immer ein reales Wachstum dar.

Allerdings verliert die europäische Industrie konkret auch an Wettbewerbsfähigkeit. Das ist ein echtes Problem. Die deutsche Chemie reagiert darauf: Entscheidungen fallen zunehmend zugunsten des außereuropäischen Auslands aus. 2012 haben die Auslandsinvestitionen unserer Branche seit langer Zeit erstmals die Investitionen im Inland deutlich übertroffen. Vor allem die USA erleben wegen der günstigen Energiekosten eine Renaissance als Ziel für die Erweiterung und den Aufbau neuer Kapazitäten.

Europa bleibt zwar unsere Heimat und unser Heimatmarkt, aber der Wettbewerb mit anderen Weltregionen nimmt rasant zu. Deshalb können wir weitere Zusatzbelastungen bei dem ohnehin hohen Regulierungsniveau kaum mehr verkraften. Wir brauchen dringend eine neue europäische Industriepolitik, die die

industrielle Wettbewerbsfähigkeit auf allen Ebenen stärker berücksichtigt. Nur so können wir dafür sorgen, dass unsere Heimat auch unser Zuhause bleibt. Es ist höchste Zeit, das Ruder herumzureißen.

Warum wäre eine Trendumkehr und Re-Industrialisierung für Europa so wichtig? Die Förderung der Industrie ist kein Selbstzweck. Die EU braucht gute Jobs. Sie braucht nachhaltiges Wachstum. Und sie muss Lösungen für die großen Herausforderungen der Zukunft finden. Dafür ist eine starke europäische Industrie unerlässlich. Ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft geht weit über das verarbeitende Gewerbe hinaus. Die Industrie trägt überdurchschnittlich zu Wirtschaftswachstum, Innovationen und Beschäftigung bei. Mehr Arbeitsplätze in der EU schaffen wir vor allem durch Stärkung der Industrie. Das wirkt sich wiederum positiv auf die Beschäftigung in industrienahen Dienstleistungsbereichen aus. Dazu einige Zahlen:

- Die Industrie leistet etwa zwei Drittel der Ausgaben für Forschung und Entwicklung der gesamten EU-Wirtschaft.
- Von der Industrie stammen weit über die Hälfte (57%) der EU-Exporte.
- Das produzierende Gewerbe beschäftigt direkt 14,4 Prozent der Beschäftigten (und viele Beschäftigte indirekt, da sie viele Vorleistungen bezieht).
- Ihren Mitarbeitern zahlt die Industrie überdurchschnittlich hohe Löhne (17,2% der Löhne und Gehälter bei 14,4% der Beschäftigten).

All diese Gründe zeigen beispielhaft: Europa braucht dringend eine Renaissance der Industrie. Eine Re-Industrialisierung geht mit der Überwindung der noch immer schwelenden Krise Hand in Hand. Dabei gilt: die Industrie ist wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit Europas – Europa und seine Politik sind aber auch wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie zählt zu den Kernindustrien Europas. Die deutschen Chemieunternehmen tragen dazu einen erheblichen Anteil bei. Deutschland hat die mit Abstand größte Chemieindustrie in der EU (26 Prozent der Umsätze der EU-Chemie). Die deutsche Chemie ist also ein Schwergewicht und kann – wenn man sie lässt – einen Beitrag zur Re-Industrialisierung Europas leisten. Ohne die Chemie als „Industrie der Industrie“ ist eine Trendumkehr schwer vorstellbar: Sie liefert viele der Materialien, auf denen der Erfolg ihrer Kundenindustrien aufbaut. Die deutsche Energiewende wäre zum Beispiel ohne die Materialien der Chemieindustrie und das starke deutsche Industrienetzwerk vom Maschinen- und Anlagenbau über die Gießerei-Industrie bis zur Elektro-Industrie nicht möglich.

## II. VCI-Vorschläge für eine neue EU-Industriepolitik

2012 hat sich die EU das 20-Prozent-Ziel beim Industrieanteil gesetzt. Passiert ist seitdem nicht viel. Lippenbekenntnisse unter der Woche und Sonntagsreden helfen nicht weiter. Es fehlt bislang an konkreten Maßnahmen, die ein Erreichen der Ziele versprechen. Jetzt gibt es jedoch neue Optionen.

2014 ist für Europa und die europäische Industrie ein entscheidendes Jahr. Der Beginn des neuen Politikzyklus mit den Europawahlen und der anschließenden Neubesetzung der EU-Kommission bietet die Chance für einen Neuanfang in der europäischen Politik. Und den haben wir bitter nötig. Denn Europa muss wettbewerbsfähiger werden. Alle globalen Märkte, die wir mit Produkten nicht mehr wettbewerbsfähig bedienen können, werden andere Nationen - vor allem aus dem Region Südostasien - bereitwillig und rasch besetzen.

Was wäre also konkret aus Sicht der deutschen Chemie für eine erfolgreiche Renaissance der Industrie nötig? Der VCI hat hierzu in einem aktuellen Diskussionspapier Stellung bezogen. Sie finden es in Ihren Unterlagen. Unsere Antwort teilt sich in zwei Blöcke:

- Richtige Weichenstellungen in fünf von uns als besonders wichtig erachteten Politikfeldern: Energie, Umwelt- und Klimaschutz, Innovation, Infrastruktur und Handel
- Institutionelle Verankerung von Mechanismen, die künftig eine Politik verhindern, die die Renaissance der Industrie behindert

Zum ersten Block (5 besonders wichtige Politikfelder):

### 1. Politikfeld: Energie und Klima.

Von derzeit alles überragender Bedeutung ist für uns der Bereich Energie- und Klimapolitik. Dazu wird Herr Rothermel gleich ausführlich Stellung nehmen. Daher an dieser Stelle nur soviel: In den kommenden Wochen und Monaten werden in Brüssel und Berlin entscheidende Weichen gestellt. Sie können den Unterschied machen zwischen der Einleitung einer industriellen Renaissance oder dem Niedergang der deutschen Industrie.

## 2. Politikfeld: Innovation

Innovationen sind der Erfolgsfaktor moderner Volkswirtschaften. Sie erschließen neue Märkte und stärken die Wettbewerbsfähigkeit. Die Innovationsfähigkeit ist daher das Kernstück einer Re-Industrialisierung. Europa muss all seine Innovationskräfte mobilisieren. Der EU-Haushalt sollte dazu stärker und technologieutral in Richtung Wissenschaft und Forschung ausgerichtet werden. Aber die EU ist noch immer weit von ihrem alten Lissabon-Ziel entfernt, 3 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben. Auch Deutschland liegt noch knapp darunter. Wir brauchen hier eine weitere Umschichtung von EU-Mitteln. Das Programm Horizon 2020 ist ein guter Anfang. Vor allem brauchen wir aber in Europa ein Umfeld, das Innovationen ermöglicht und nicht aus übertriebenem Risikobewusstsein bremst oder ganz verhindert.

## 3. Politikfeld: Europäische Infrastruktur

Die grenzüberschreitende europäische Infrastruktur muss modernisiert werden. Für den dringend nötigen Binnenmarkt für Energie ist eine europäische Energie-Infrastruktur Voraussetzung. Dies gilt vor allem für die europäische Koordinierung des Stromnetzausbaus und den Ausbau von Grenzkuppelstellen.

Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur gibt es zusätzliche Potenziale. Das Programm „Transeuropäische Transportnetze“ muss implementiert werden. Und vor dem Hintergrund des langsamen und komplizierten grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehrs muss gerade das vierte Eisenbahnpaket konsequent umgesetzt werden. Nur eine gut ausgebaute europäische Infrastruktur sorgt dafür, dass der Binnenmarkt sein volles Potenzial entfalten kann. Dazu muss unbedingt auch Deutschland seinen Beitrag leisten.

## 4. Politikfeld: Handelspolitik

Freihandel ist ein effektiver Weg, um Wachstum zu schaffen. Was liegt da näher, als die wirtschaftliche Integration mit dem größten Handelspartner der EU zu vertiefen? Die derzeitigen Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den USA bieten da eine einmalige Chance. Es würde die größte Freihandelszone der Welt mit über 800 Millionen Einwohnern und fast der Hälfte der globalen Wirtschaftskraft entstehen. Wir brauchen TTIP mit seinen Wachstums- und Beschäftigungswirkungen und seinen Impulsen für mehr Wettbewerb und

Innovation. Herr Quick, unser Experte für Handelspolitik im VCI und Mitglied der Expertengruppe der Kommission für TTIP, wird die Aspekte zur transatlantischen Freihandelszone im Anschluss erläutern.

## 5. Politikfeld: Umweltpolitik

Last but not least der Bereich Umweltschutz. Insgesamt ist die Regelsetzungsaktivität der EU hier zu hoch. Einzelne belastende Regelungen summieren sich auf und führen am Ende zu einer deutlichen Belastung der Industrie durch bürokratischen Aufwand und Kosten. Diese kumulative Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit muss künftig stärker berücksichtigt werden. Im Vergleich zu 2004 gelten mittlerweile nahezu doppelt so viele EU-Vorschriften für Gesundheit, Sicherheit und Umwelt. Die Chemie bekennt sich ganz klar zu Ihrer Verantwortung im Bereich der Produktsicherheit. Mit ihrer freiwilligen Initiative „Responsible Care“ verpflichten sich die Chemieunternehmen seit langem weltweit zu höchsten Standards. Regulierung muss sein, aber mit Augenmaß. Vermutlich ist jede der 784 neuen Regulierungen seit 2004 gut gemeint, aber jede lastet den Unternehmen auch neue Bürden auf. Das Motto muss sein: gleicher Schutz, aber zu geringeren Kosten. Wir dürfen uns nicht im Kleinklein des Regulierungsdschungels verlieren.

Nun zum zweiten Block unserer Vorschläge für eine Re-Industrialisierung: Eine erfolgreiche neue europäische Industriepolitik ist eindeutig eine Querschnittsaufgabe. Nur über eine kohärente europäische Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beachtet, schaffen wir es, die gerade angesprochenen kumulierten Effekte zu verhindern und die Renaissance der Industrie einzuleiten. Industriepolitische Weichenstellungen müssen konsequent in alle Politikbereiche einbezogen werden. Die Re-Industrialisierung muss dabei auf die ganze Industrie setzen. Europa braucht stabile Wertschöpfungsketten – von den Grundstoffindustrien über Investitions- bis zu Konsumgütern.

Wir fordern die EU daher auf, auf allen Ebenen den Gedanken eines „Hüters der Wettbewerbsfähigkeit“ zu institutionalisieren. Herr Quick wird Ihnen gleich näher erläutern, wo wir hier konkret die Stellschrauben im Institutionengefüge der EU sehen.

### III. Schluss

Meine Damen und Herren,

wie Sie sehen, gibt es durchaus einige Vorschläge, was auf europäischer Ebene angepackt werden kann und muss, um die angestrebte Renaissance der Industrie endlich einzuleiten. Ob das gelingen kann, dafür ist der Europäische Rat nächste Woche der erste Lackmus-Test. Dabei ist es gut, dass sich die EU und die europäischen Staats- und Regierungschefs mit der industriellen Wettbewerbsfähigkeit und der Energie- und Klimapolitik gleichzeitig beschäftigen müssen. Ohne die richtige Weichenstellung bei der Energie- und Klimapolitik könnte aus der schleichenden De-Industrialisierung leicht eine galoppierende werden. Warum das so ist, erläutert Ihnen jetzt Herr Rothermel.

---